

Abschlussbericht

Projekt eBAGE

31. August 2011

Inhaltsverzeichnis

Management Summary	Seite	3
Projektauftrag	Seite	5
Vorgehen	Seite	7
TSAREA - Bericht der Baudirektorenkonferenz	Seite	7
Bericht der Arbeitsgruppen	Seite	9
Arbeitsgruppe 1	Seite	9
Arbeitsgruppe 2	Seite	13
Arbeitsgruppe 3	Seite	15
Arbeitsgruppe 4	Seite	18
Schlussfolgerungen/Sofortmassnahmen aus Sicht der Arbeitsgruppe	Seite	19
Bezug auf Projektauftrag	Seite	19
Vorschlag stetige Organisation (z.B. ERFA-eBAGE)	Seite	20
Projektziele und erwartete Resultate / Ergebnisse	Seite	20
Anträge	Seite	21

Management Summary

Die Arbeitsgruppe eBAGE wurde am 13. Januar 2011 beauftragt, die Plattform des Kantons Luzern zur Bearbeitung der Baugesuche zu überprüfen, die Einbindung der Gemeinden und der Bauherren/Architekten vorzusehen und Vorschläge zu erarbeiten, welche einen durchgängigen Prozess aufzeigt, um ohne Medienbrüche Baugesuche von der Erfassung durch den Bauherren bis zur Bewilligung und Aufbewahrung der Unterlagen ermöglichen. Im Weiteren ist aufzuzeigen, wie die künftige Organisation für die Weiterentwicklung des eBAGE aussehen soll. Die Arbeitsgruppe hat entsprechende Anträge an den Steuerungsausschuss zu stellen.

Die Arbeitsgruppe kommt zum Schluss, dass für die Akzeptanz und Durchsetzung der Plattform eBAGE die weiteren Schritte in 3 Phasen aufgeteilt werden müssen, welche nachstehend in dieser Zusammenfassung gleichzeitig die Anträge im Bericht und damit die Anträge für den Steuerungsausschuss enthalten.

Phase 1 (Akzeptanz)

- 1.1. Schulung: Die Gemeinden und die Architekten/Ingenieure sind in einer konzentrierten Aktion zu schulen, damit alle das System benutzen.
- 1.2. Kommunikation/Tracking: Der Status der Bearbeitung der Baugesuche auf kantonaler (eventuell auch auf der Gemeindeebene) ist zu kommunizieren. Im Rahmen einer Sofortmassnahme ist das Tracking für die Nachverfolgung einzusetzen.
- 1.3. Schnittstelle eForm: Es ist zu ermöglichen, dass das eForm bzw. die Daten daraus, welche für die Erfassung der Baugesuchsdaten vorhanden sind, über die bereits vorhandene Standard-eCH-Schnittstelle in die Applikationen der Gemeinden importiert werden können.

Phase 2 (Erweiterung/Technologie)

- 2.1. Objektdaten: Das eBAGE wird Teil der Objektdaten. Beide Systeme benötigen Daten aus dem Grundbuch, GIS, Gebäudeversicherung, usw.). eBAGE ist konzeptionell mit dem Projekt Objektwesen zu verbinden und dort schlussendlich anzusiedeln.
- 2.2. Weiterentwicklung eBAGE: Das eBAGE soll auch zu einer Plattform für die Gemeinden werden. Dazu ist eine separate Plattform zu entwickeln oder eBAGE zu erweitern.
- 2.3. Zentrale Plattform inkl. Langzeitarchivierung: Es sind Standards zu erarbeiten, welche für die Langzeitaufbewahrung und den Zugang zu den Bau- und Objektunterlagen klare Regeln definieren, um auch das rechtliche Umfeld abzudecken, ohne dass Gesetzesänderungen notwendig sind.

- 2.4. SuisselD: Die SuisselD wird als Teil von eBAGE anerkannt.
- 2.5 Technologie: Die Baugesuchsunterlagen sind komplex und die Filegrößen entsprechend gross. Die Geschwindigkeit der Datenübertragung und die einfache, effiziente Handhabung beim Anwender ist zentral zur Förderung der Akzeptanz von eBAGE auf allen Ebenen. Die technischen Abklärungen sollen diese Effizienz steigern.

Phase 3 (Finanzen, Politik, Kommunikation)

- 3.1. Finanzen/Fördergelder: Für die Weiterentwicklung von eBAGE zur Gemeindeplattform sind Fördergelder, welche im Rahmen von zentralisierten Baugesuchslösungen vom Bund zur Verfügung gestellt werden, zu beantragen.
- 3.2. Politik: Die Weiterentwicklung des eBAGE Kanton Luzern ist auf der politischen Ebene auf Kantons- und Gemeindeebene durchzusetzen. Entsprechende Anträge sind noch zu formulieren.
- 3.3. Kommunikation: Die Tätigkeiten rund um eBAGE, startend mit dem Bericht der Arbeitsgruppe, sind gegenüber den kantonalen Stellen und gegenüber den Gemeinden zu kommunizieren.
- 3.4. Arbeitsgruppe: Die Schaffung einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Gemeinden, des Kantons und der Lieferfirma von eBAGE ist zu schaffen und der Fachstelle E-Government zu unterstellen.

Hildisrieden, 24. August 2011
René Müller

Projektauftrag

Die Steuerung E-Government Luzern hat das Projekt eBAGE in Auftrag gegeben. Es handelt sich somit um ein gemeinsames Projekt des Kantons und der Gemeinden und soll die Abläufe für die Baugesuche zwischen Bauherr, Gemeinden, Kanton, regeln. Im Detail wird auf den folgenden Projektauftrag verwiesen.

Bezeichnung des Projekts:	Mitwirkung der Gemeinden am System eBAGE
Kürzel:	EBAGE
Datum:	13.01.2011

Auftraggeber:	Ansprechpartner:
Steuerung E-Government Luzern	- Marcel Schwerzmann - Herbert Lustenberger
Projektbeteiligte:	Ansprechpartner – Stellvertreter:
- Fachgruppe Prozesse und Informatik - Verschiedene Gemeindevertreter - Kantonale Dienststelle RAWI	- René Müller - Mario Conca
Involvierte Ämter/Fachbereiche:	
- Fachgruppe Prozesse und Informatik - Verschiedene Gemeindevertreter - Kantonale Dienststelle RAWI - Fachstelle E-Government Luzern	

Ausgangslage
<p>Das System eBAGE, welches im Auftrag der Dienststelle RAWI erstellt wurde, wurde ursprünglich für die kantonale Verwaltung und deren Bedürfnissen entwickelt. eBAGE wurde für die Unterstützung bei der Abwicklung der Baugesuche erstellt und ist seit dem 1.1.2009 produktiv im RAWI im Einsatz. Für die Gemeinden dient eBAGE als Auskunftstool um zu erfahren, in welchem Status beim Kanton ein Baugesuch steht. Die Gemeinden können somit im Moment die Daten nur lesen. Es sind bereits Erweiterungen geplant, mit welchen die Gemeinden auch eBAGE-Daten bearbeiten können. Zu Beginn dieses Jahres wurde beispielsweise eine Funktion eingeschaltet, welche das Hochladen von Baubewilligungen durch die Gemeinden ermöglicht. Alle 87 Gemeinden sind mit rund 300 Benutzern in eBAGE erfasst. Rund 1/3 aller Gemeinden arbeiten mit eBAGE regelmässig.</p> <p>Verschiedene Kontakte mit Vertretern der Gemeinden und des Kantons haben ergeben, dass das Bedürfnis besteht, die Anforderungen der Gemeinden in das eBAGE einzubringen. Speziell wurde dies anlässlich des Workshops mit rund 30 Gemeindevertretern, am 1.7.2010 in Luzern, zur Erarbeitung des Entwurfes der E-Government-Projektliste der Gemeinden deutlich.</p>

Vorgehen	
<p>Damit die Bedürfnisse der Gemeinden in die künftige Weiterentwicklung von eBAGE einfließen können, ist eine aktive Beteiligung der Gemeinden notwendig. Zu diesem Zweck wird eine Arbeitsgruppe unter der Leitung der Fachgruppe Prozesse und Informatik gebildet. Die Arbeitsgruppe soll mit 5 Gemeindevertretern unterschiedlicher Gemeinden, zwei kantonalen Vertretern und einem externen Projektleiter gebildet werden.</p>	
Auftrag	
<p>Die Vertreter der Arbeitsgruppe werden beauftragt, die dokumentierten Prozesse (Visio-Dokument eBAGE 0.8a) aus Sicht der Gemeinden zu prüfen und bei Bedarf anzupassen. Zudem sind allfällige zusätzliche Bedürfnisse der Gemeinden zu erfassen und zu beschreiben.</p> <p>In Zusammenarbeit mit dem eBAGE-Systemeigner (RAWI) sollen die Anpassungen und die Bedürfnisse priorisiert werden. Es sind der Nutzen und die Kosten der definierten Anpassungen abzuschätzen und ein Vorgehenskonzept zu entwickeln. Es ist vorgesehen, dieses Konzept, im Rahmen der E-Government- Strategie Luzern umzusetzen.</p> <p>Es ist ein Vorschlag für eine stetige Organisation (z. B. ERFA-eBAGE) auszuarbeiten, welche die Bedürfnisse und Vorschläge zur Verbesserung des Systems der beteiligten Partner erfasst, sodass diese bei der Weiterentwicklung der Prozesse und des Systems einfließen können.</p>	
Projektziele und erwartete Resultate	
<p>Mit dem Projekt soll die erweiterte Nutzung des Systems eBAGE durch die Gemeinden möglich werden und dadurch eine beschleunigte Abwicklung der eingereichten Baugesuche erreicht werden.</p> <p>Die folgenden Ergebnisse liegen nach Abschluss des Projekts vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ergänzte Prozessdokumentation (Visio-Dokument eBAGE 0.8a) - Bericht zu den Bedürfnissen und notwendigen Anpassungen aus Sicht der Gemeinden - Umsetzungskonzept, welches das Vorgehen, Organisation, Kosten, Termine skizziert. - Projektantrag z.Hd. der Fachstelle E-Government Luzern - Konkreter Vorschlag für den Aufbau der Organisation zur Unterstützung der eBAGE-Anwendung und Weiterentwicklung des Systems 	
Terminplan	
Auswahl der Projektvertreter	bis 28. Februar 2011
Projektstart	bis 15. März 2011
Zwischenergebnis Prozessüberprüfung	bis 31. Mai 2011
Zwischenergebnis Entwurf Bericht	bis 15. Juli 2011
Projektabschluss mit Schlussbericht	31. August 2011

Vorgehen

Im Januar 2011 wurden alle Luzerner Gemeinderäte über das Projekt eBAGE informiert. Gleichzeitig wurden sie angefragt, ob sie Personen aus der Verwaltung delegieren könnten, die beim E-Government-Projekt eBAGE mitarbeiten möchten. Es haben sich folgende Personen zur Mitarbeit gemeldet:

Claudia Käch Egli	Beromünster
Marcel Schmid	Buchrain
Martina Winiger-Muff	Buttisholz
Urs Muff	Kriens
Markus Hofmann	Luzern
Beat Blum	Menznaun
Toni Portmann	Schüpfheim
Thomas Lustenberger	Sursee
Bruno Stalder	Wolhusen
Martin Wermelinger	Willisau
Mario Conca	RAWI Luzern
Gregor Egloff	Staatsarchiv Luzern
Isabelle Imbach	Hildisrieden (Protokoll)
René Müller	Hildisrieden (Präsident)

Am 30. März 2011 fand das Kick-Off für das Projekt eBAGE mit der Arbeitsgruppe statt. Dabei wurden 4 Arbeitsgruppen gebildet, welche selbständig an ihren Themen arbeiteten und ein Bericht mit der Ist-Situation und Soll-Zustand verfasst haben. Eine Koordinationssitzung fand am 5. Mai 2011 statt. Am 14. Juni 2011 wurde ein Workshop, an welchem die Resultate der einzelnen Gruppen präsentiert wurden, durchgeführt.

TSAREA - Bericht der Baudirektorenkonferenz

An der Sitzung vom 5. Mai 2011 präsentierte Pius Zängerle den Bericht der tsarea ag Luzern. Die tsarea erarbeitete das Konzept "Elektronische Plattform für Baubewilligungen" im Auftrag der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz. In diesem Bericht wird die heutige Situation in den verschiedenen Kantonen bezüglich Einsatz von Systemen und Prozessen mit der Bewertung von Vor- und Nachteilen abgebildet. Der Bericht beinhaltet auch die detaillierte Beschreibung von fünf Modell-Varianten mit Bewertung und kommt zum Schluss, dass die Weiterentwicklung auf der Basis der bereits eingesetzten kantonalen Lösungen erfolgen soll.

Aus dem Bericht wurden folgende Schlussfolgerungen gezogen:

- Die Baueingabe muss zwingend elektronisch sein.
- Die Bearbeitung verwaltungsintern mit allen Amtsstellen muss vollelektronisch sein.
- Ein Tracking für definierte Kundenkreise muss möglich sein (Wo steht mein Baugesuch). Gegenüber Kunden sofort erkennbar.
- Schnittstellen in das Katastersystem sind zwingend.

Folgende Visionen wurden aus dem Bericht TSAREA aufgestellt:

- Regionale Plattform (nicht jeder Kanton etwas anderes)
- Vollständig medienbruchfreier Prozess
- Integration Geodaten
- Prozess-Automatisierung (Standardprozesse)
- Involvierung Beteiligten (Wo ist das Verfahren)
- Bewilligungstermin zuverlässig angeben
- SuisselD integriert
- Elektronische Pläne integriert
- Elektronische Auflage und Einsprache
- Prozess im virtuellen Raum

Gemäss dem Bericht gibt es bereits heute funktionierende Plattformen. Die Systeme sind unterschiedlich weit und werden von zentraler Stelle entwickelt. Der Bund will solche Systeme fördern. Der Lead liegt aber bei den Kantonen. Ziel ist nicht, dass es in der Schweiz nur noch eine Plattform gibt. Der Bund bezahlt Fördergelder, sofern folgende Kriterien erfüllt werden:

- Mind. 3 beteiligte Kantone
- Modularer Aufbau (parallel zur Organisationsentwicklung einführen)
- Tracking-Funktionalität
- SuisselD

Da das Produkt CAMAC, welches ursprünglich vom Kanton Waadt entwickelt wurde, im Bericht als sehr weit eingestuft wurde, fand am 18. Mai 2011 eine Vorstellung durch die Firma Blackpoints GmbH, Zürich, statt. Dieses Produkt wird in den Kantonen Tessin, Waadt und Neuenburg eingesetzt. Durch ein vereinbartes Abkommen sind diese 3 Kantone Besitzer des CAMAC Systems. Sobald sich ein Kanton für das CAMAC entscheidet, wird dieser ebenfalls kostenlos in das Abkommen aufgenommen und wird automatisch Mitinhaber des Systems. Es musste festgestellt werden, dass das CAMAC nicht mehr kann als das eBAGE. Die Problematik, dass die Gemeinden zu wenig oder gar nicht einbezogen werden, ist dieselbe.

Bericht der Arbeitsgruppen

Folgende Arbeitsgruppen wurden an der Kick-Off-Sitzung vom 30. März 2011 gebildet und haben das Resultat ihrer Arbeit abgegeben:

Arbeitsgruppe 1

Titel	Die Sicht der Gemeinden und der Architekten/Bauherren / Das eBAGE als Kommunikationsplattform
Themen	Wie wird eBAGE wahrgenommen? Welche Vorteile und Nachteile sind erkennbar? Das eBAGE als Kommunikationsplattform und interaktive Lösung in der die Gemeinden und die Architekten involviert und automatisiert informiert werden. Welche minimalen Anforderungen sollen erfüllt werden?
Mitglieder	Toni Portmann, Schüpfheim Beat Blum, Menznau Bruno Stalder, Wolhusen
Ist-Zustand	<p><u>Sicht Gemeinden</u></p> <p>Es wurden folgende 3 Gemeinden angeschaut:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schüpfheim, regionales Bauamt mit 6 Gemeinden - Menznau, Gemeindeammann und Leiter Bauamt - Wolhusen, regionales Bauamt mit 3 Gemeinden <p>Folgendes wurde festgestellt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Grundsätzlich ist das eBAGE ein sehr sinnvolles, internes Instrument - Für die Gemeinden besteht eine Holschuld. Die entsprechenden Informationen müssen über das Internet geholt werden - Eine grosse Anzahl der Architekten nutzt das E-Formular noch nicht - Viele Baugesuche werden durch den jeweiligen Grundeigentümer selber eingereicht. Meist ist die Infrastruktur (Internet) für das E-Formular nicht vorhanden - Wünschenswert wäre ein Anreiz für Architekten, welche das E-Formular ausfüllen (nicht zusätzliche Gebühren wenn das Baugesuch nicht elektronisch eingereicht wird) - Die Architekten sind zu sensibilisieren das E-Formular auszufüllen und auch entsprechend zu schulen

	<ul style="list-style-type: none"> - Nach den abgeschlossenen Vernehmlassungen des Kantons vergeht beim RAWI sehr viel Zeit, bis die Entscheide schlussendlich vorliegen - Personelle Ressourcen beim RAWI sind noch immer sehr beschränkt <p><u>Sicht Architekten/Bauherren</u></p> <p>Folgendes wurde festgestellt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kein effektiver Nutzen aus dem eBAGE, da kein Zugriffsrecht seitens der Planer besteht - Baugesuch muss im Moment zweimal eingereicht werden (Digital und Papierform), daher ist der Aufwand höher - Teilweise ist die notwendige Infrastruktur für die digitale Einreichung nicht vorhanden - Einige Architekten beharren auf der aktuellen Arbeitsweise und wollen ihre bisherige Tätigkeit nicht ändern - Das Architekturbüro muss beim E-Formular weniger Anzahl Pläne ausdrucken. Weniger Pläne sind im Umlauf. - Architekten wünschen einen Zugriff auf das eBAGE, damit die Vernehmlassungen umgehend in die Detailplanung einfließen können - Mit Infoveranstaltungen oder Schulungen könnte die Akzeptanz des E-Formulars erhöht werden - Die Datenübertragung von Plänen im E-Formular darf auch bei grossen Datenmengen kein Problem sein <p><u>eBAGE Vorteile</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Zentraler, koordinierter Ablageort sämtlicher Dokumente (Pläne/ Berechnungen, etc.) - Die "Prozessabläufe" des Kantons sind klar strukturiert und jederzeit nachvollziehbar - Übersichtliche Plattform auf dem Internet / User findet sich grundsätzlich gut zurecht - Zugriff auf sämtliche Daten zu jedem Zeitpunkt - Hohe Transparenz über sämtliche Unterlagen des Verfahrens - Sinnvolles Instrument für Gemeinden, sich über den Stand des Gesuches zu informieren - Informationen können an Planer / Gesuchsteller weitergeleitet werden - Eingescannte Unterlagen ermöglichen einen einfacheren Austausch - Herauskopieren von Textblöcken aus den kant. Entscheiden für die Bewilligungen der Gemeinde ist sehr hilfreich - Zeitersparnis - Informationen aus "älteren" Baugesuchen sind einfach abrufbar - Qualitätssicherung
--	---

	<p><u>eBAGE Nachteile</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - "Druckmittel" für Gemeinden, dass Entscheid ausgefertigt wird, wenn Vernehmlassung abgeschlossen ist (Personelle Ressourcen RAWI) - Sistierungen sind teilweise problematisch - vielfach wäre es sinnvoller, telefonisch bei den Gemeinden nachzufragen z.B. bezüglich nachreichen Unterlagen - Zeitersparnis RAWI (kein Schreiben notwendig) und Gemeinden - Welche Transparenz ist notwendig (z.B. Einreichen von Einsprachen an RAWI) - RAWI sollte zu den Einsprachen Baugesuche IBZ nicht Stellung nehmen - Unterschiedliche Nummerierung der Baugesuche durch RAWI und Gemeinden - Gemeinde wird bei Sistierungen nicht sofort informiert. Es geht wertvolle Zeit verloren (Mail wäre sinnvoll)
Soll-Zustand	<p>Wünschenswerte Anforderungen für die Kommunikationsplattform</p> <p><u>Kurzfristige Anforderungen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Informationsaustausch über den Stand der einzelnen Verfahren (bestehend und vorhanden) - Gemeindeinterne Nummerierung der Baugesuche zusätzlich aufnehmen - Wenn Entscheid des RAWI erstellt wird - Mail an Gemeinde - Sistierung vorgängig absprechen mit Gemeinde - Wenn Sistierung erfolgt, sofort Mail an Gemeinde (Prozess ist anzupassen) - Prozess ab einreichen des Baugesuches bis erfolgter Bauabnahme auf einer Kommunikationsplattform (u.a. eintragen der einzelnen Baufortschritte) <p><u>Mittelfristige Anforderungen:</u></p> <p>Auslösen von verschiedensten Meldungen per E-Mail nach erfolgter Meldung der Bauvollendung/Bauabnahme an:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gebäudeversicherung - Geometer - Schatzung - Baustatistik - Buchhaltung Gemeinden - evtl. zuständige Werke (Anschlussgebühren Abwasser, Wasser), etc.

Arbeitsgruppe 2

Titel	Die Sicht des Bundes / Die Gemeinden mit ihren unterschiedlichen Applikationen
Themen	<p>Welche Anforderungen müssen erfüllt werden, damit auf einer einheitlichen Plattform die Informationen fliessen? Welche externen Stellen müssen bedient werden? Wie werden die allgemeinen Anforderungen der Gemeinden beschrieben (ausgerichtet nach der Bausoftware)? Wie können Datenredundanzen vermieden werden? Welche Schnittstellen zu welchen Systemen sind herzustellen? Welche Schnittstellen zu andern Systemen sind für das eBAGE vorgesehen oder bereits integriert?</p>
Mitglieder	<p>Marcel Schmid, Buchrain Urs Muff, Kriens Thomas Lustenberger, Sursee</p>
Ist-Zustand	<p><u>Die Sicht des Bundes</u></p> <p>Im Bauwesen haben die Gemeinden mit dem Bund nur bei der Eidgenössischen Bau- und Wohnbaustatistik BAU/GWR zu tun. Nach Rücksprache mit Enrico Moresi, Statistik Luzern (LUSTAT), sind die statistischen Erhebungen gesetzlich geregelt und mit der Registerharmonisierung entsprechend dokumentiert unter http://www.housing-stat.ch/de/dokumentation.html. Die Statistik ist bereits bis ins letzte Detail definiert. Die Gemeindeapplikationen werden mit entsprechenden Qualitätsverfahren geprüft und sind zu zertifizieren. Dies muss auch die Applikation eBAGE entsprechend erfüllen können. Es gibt gewisse Pflichtfelder, welche eine Gemeindeapplikation für die Baustatistik erfüllen muss. Im Baugesuchsformular sind die Statistikdaten bereits vorhanden. Die Angaben werden aber selten ausgefüllt.</p> <p><u>Unterschiedliche Applikationen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Grundstückdaten inkl. Eigentümer werden aus der Gemeindeapplikation (Objektwesen) ins Bauprogramm übernommen. Die Übernahmeart (manuell, Schnittstelle) sowie die Daten die übernommen werden (Anstösserparzellen inkl. Eigentümer, Gebäude, Grundeigentümer, etc.) sind je nach Bauprogramm unterschiedlich - Die Adressverwaltung muss manuell ins Bauprogramm übernommen werden. Neue Datensätze können auch direkt im Bauprogramm manuell erfasst werden

	<ul style="list-style-type: none"> - Baugesuchsdaten müssen vom Baugesuchsformular manuell abgeschrieben werden. Neue Gebäude müssen erfasst werden. Auflagen und Bedingungen aus der Baubewilligung können erfasst werden. Ebenfalls können die Vernehmlassungen und die Einsprachen erfasst werden. Die erledigten Aufgaben (z.B. Eingang, Versand Dienststellen, Anstössermitteilung, Bauvollendung, etc.) müssen fortlaufend nachgeführt werden. - Aus dem Bauprogramm können Einzeldokumente (z.B. Bauanzeige, Überweisungsschreiben RAWI, etc.) und Serieldokumente (z.B. Anstössermitteilungen, Einspracheparteien, etc.) gedruckt werden. Zusätzlich kann das Anstösserverzeichnis und das Aufgabenverzeichnis gedruckt werden - Beim Bauprogramm kann verschiedentlich nach den Baugesuchen gesucht werden (Status, Periode, Bezeichnung, etc.) - Es können diverse Auswertungen generiert werden (Rechtskräftige Baubewilligungen, Fristenkontrolle, Laufende Projekte, Pendente Auflagen und Bedingungen, etc.)
Soll-Zustand	<ul style="list-style-type: none"> - Baustatistik muss in eBAGE integriert werden (Vorgaben Bund sind bekannt) - Vernetzung zu Aktivitäten im Objektwesen - Harmonisierung Objektdaten über alle objektführenden Systeme (Integration Raumdatenpool) - Im eBAGE müssen alle Funktionen (z.B. Kostenkontrolle, Baustatistik, Pendenzenverwaltung, etc.) wie bei den Gemeindeapplikationen Gecko, Baupro, etc. möglich sein

Arbeitsgruppe 3

Titel	Das eBAGE inkl. Weiterentwicklung und die Geschäftsverwaltung / Die Gemeinden und ihre internen Abläufe
Themen	<p>Im eBAGE sind die Abläufe für die kantonalen Amtsstellen definiert. Eine Anbindung an Konsul ist vorgesehen, sodass die Archivierung geregelt werden kann. In den Gemeinden entsteht das Bedürfnis der Geschäftsverwaltung. Wie ist der Ablauf bzw. die Integration von eBAGE auf kantonaler Ebene in Kombination mit dem eingesetzten System Konsul geregelt? Wie können die Prozesse mit denjenigen in den Gemeinden koordiniert oder übernommen werden? Welche Stellen werden in den Gemeinden neben der Bauabteilung involviert? Welche Aufgaben haben diese Stellen?</p> <p>Die Geschäftsverwaltung deckt auch die Langzeitarchivierung ab. Wie wird damit umgegangen? Welche rechtlichen Rahmenbedingungen sind zu regeln? Welche Auswirkungen hätte eine zentrale Plattform mit einer zentralen Archivierung der Bauunterlagen?</p> <p>Welche Zielsetzungen (Visionen, Weiterentwicklung, etc.) hat das eBAGE für die Zukunft.</p>
Mitglieder	<p>Markus Hofmann, Luzern Claudia Käch Egli, Beromünster Martina Winiger-Muff, Buttisholz Gregor Egloff, Staatsarchiv Luzern</p>
Ist-Zustand	<p>Momentan arbeiten nur die kantonalen Amtsstellen mit dem eBAGE. Für die Gemeinden ist dies nur ein Auskunftstool. Einen grossen Nutzen hat es momentan für die Gemeinden noch nicht. Das E-Formular ist für die Gemeinden eher ein zusätzlicher Aufwand, da man sich für dieses im Internet auf einer anderen Seite als für das eBAGE anmelden muss. Zusätzlich muss das Baugesuch immer noch in Papierform an das RAWI weitergeleitet werden.</p> <p>Folgende Stellen werden in den Gemeinden neben der Bauabteilung noch involviert:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Finanzverwaltung (Rechnungen, Mahnungen, etc.) - Adressverwaltung (Adressen Bauherren, Einsprecher, etc.) - Objektwesen (Grundstückdaten) - Bauvorsteher/Baukommission - Zuständige Stelle für Wassergebühren - Zuständige Stelle für ARA-Gebühren

	<ul style="list-style-type: none"> - Gebäudeversicherung (Gebäudeversicherungsschätzung) - Dienststelle Steuern, Schatzungsamt (Katasterschätzung) - Geometer (Nachführung Pläne) - Feuerungskontrolleur (Abnahme Heizung) - Swisscom (nur bei Neubauten) - CKW (nur bei Neubauten) - Zuständige Stelle für Telefonanschlüsse (nur bei Neubauten) - Schweizerische Post (nur bei Neubauten) - Einwohnerkontrolle (bei Neubauten über Baustatistik/Registerharmonisierung)
Soll-Zustand	<p>Folgende Fragen müssen geklärt werden, wenn die Bearbeitung der Baugesuche komplett über das eBAGE erfolgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zugriff auf Datensammlungen über standardisierte Schnittstellen (Datenaustausch Objektwesen, Grundbuch, GWR, GVL, etc.) - Einhaltung von Mindeststandards zur Aktenführung (GEVER, ISO-Standards) - Regelung der Zugriffs- und Bearbeitungsrechte (interne und externe Stellen, z.B. Ingenieurbüro, Baukontrolle, Baukommission) - Technische (Backup) und organisatorische (Daten lesbar halten) Massnahmen für die Datenhaltung - Verbindlichkeit der Daten (Papier oder elektronisch) - Elektronische Langzeitarchivierung (Leistungsvereinbarung zwischen Kanton und Gemeinden, wem gehören die Daten, Zugriffsrechte, Fristen, Kosten, etc.) - Benutzerfreundlichkeit (Tracking Architekt /Bauherr, elektronische Aktenauflage - Berechtigungen) - Funktionsmodul: Verwalten von Gremien (z.B. Baukommission: Sitzungsmanagement, Einladungen, Traktandierung, Entschädigung) - Funktionsmodul: Gebühren (amtliche Verfahrenskosten, Anschlussgebühren Wasser und Abwasser, etc.) - Funktionsmodul: Baukontrolle inkl. Mängelbehebung - Funktionsmodul: Schatzungswesen (Revisions-schätzungen GVL und Katasterschätzungen) - Anpassung Gesetze an neue Abläufe - Unterschiedliche Reglemente je Gemeinde bedingen Flexibilität für individuelle Abläufe in den Gemeinden (unterschiedliche Gremien, verschiedene Formulare, Gebührensätze, Bearbeitungsfristen, zusätzliche Vernehmlassungsstellen, etc.) - Hoheitliche Fragen (Verantwortlichkeiten, Rolle Gemeinde, Rolle RAWI) - Koordination Prozesse Kanton und Gemeinde

Arbeitsgruppe 4

Titel	Der Bericht der Baudirektorenkonferenz und ihre Auswirkungen
Themen	Die Erfahrungen aus diesem Bericht sollen in das Projekt einfließen. Die Erfahrungen aus der Analyse der verschiedenen Systeme sind zu ermitteln.
Mitglieder	René Müller, Hildisrieden Martin Wermelinger, Willisau Mari Conca, RAWI Luzern
Ist-Zustand	Da das Produkt CAMAC im Bericht der tsarea ag als sehr gut eingestuft wurde, wurde dieses an einer Präsentation durch die Firma Blackpoints GmbH, Zürich, angeschaut. Es musste festgestellt werden, dass das CAMAC nicht mehr kann als das eBAGE. Die Problematik, dass die Gemeinden zu wenig oder gar nicht einbezogen werden, ist dieselbe. Deshalb wurde dieses Projekt nicht weiterverfolgt.
Soll-Zustand	Ziel ist es, nur noch eine Plattform für Bauherren und Architekten, Gemeinden und den Kanton zu haben. Das eBAGE soll weiterentwickelt werden und zur Plattform für Bauherren, Architekten, Gemeinde und den Kanton werden.

Schlussfolgerungen/Sofortmassnahmen aus Sicht der Arbeitsgruppe

Die Arbeitsgruppe kam zum Schluss, dass folgende Teilprojekte schnell umgesetzt werden könnten:

- Harmonisierung Objektdaten über alle objektführenden Systeme
- Kommunikation / Statusmeldungen / Tracking / Infooffensive Metadaten, vorhandene Lösung optimieren (an Bauherr/Architekt/Gemeinde, etc.)
- E-Form einlesen in Gemeindedatenbank und danach von Gemeinde an eBAGE weiterleiten
- Schnittstellen von Metadaten vom E-Formular an Gemeindeapplikationen (Gecko/Baupro/GemDat)

Bezug auf Projektauftrag

Gemäss dem Projektauftrag sollte eine Arbeitsgruppe unter der Leitung der Fachgruppe Prozesse und Informatik gebildet werden, mit 5 Gemeindevertretern unterschiedlicher Gemeinden, zwei kantonalen Vertretern und einem externen Projektleiter.

Durch die positive Zahl der Mitarbeit durch die Gemeindevertreter, wurden 4 Teilarbeitsgruppen gebildet, damit alle mitarbeiten konnten. Für den Kanton war Mario Conca von der Dienststelle Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (RAWI) mit dabei. Leiter der Projektgruppe eBAGE war René Müller, Leiter Fachgruppe Prozesse und Informatik.

Laut dem Projektauftrag wurde die Arbeitsgruppe beauftragt, die dokumentierten Prozesse (Visio-Dokument eBAGE 0.8a) aus Sicht der Gemeinden zu prüfen und bei Bedarf anzupassen. Zudem sind allfällige zusätzliche Bedürfnisse der Gemeinden zu erfassen und zu beschreiben.

In der Arbeitsgruppe wurde festgestellt, dass bevor die Visio-Dokumente angeschaut werden können, eine Ist-Analyse der Prozesse gemacht werden muss. Die Visio-Dokumente sind erst in einem weiteren Schritt (Umsetzung einzelner Bereiche) genauer anzuschauen. Deshalb wurde auf die Ergänzung der Prozessdokumentation im Moment verzichtet.

In Zusammenarbeit mit dem eBAGE-Systemeigner (RAWI) sollen die Anpassungen und die Bedürfnisse priorisiert werden.

An der Sitzung vom 14. Juni 2011 wurde durch die Arbeitsgruppe vorgeschlagen, welche Sofortmassnahmen ergriffen werden können (siehe Schlussfolgerungen/Sofortmassnahmen Seite 15). Mit dabei war auch Mario Conca, RAWI Luzern. Mit der erweiterten Kommunikation können der Bauherr/Architekt und die Gemeinden sofort profitieren. Mit dem Einlesen des E-Forms in die Gemeindedatenbank hätten die Gemeinden ebenfalls einen sofortigen Nutzen. Die Baugesuche müssten nicht mehr von Hand in das Bauprogramm der Gemeinde eingegeben werden. Ebenfalls mit der Harmonisierung der Objektdaten wäre der Nutzen der Gemeinden gross. Heute werden die Daten in verschiedenen Programmen (Objektwesen, Bauprogramm, Gebührenprogramm, etc.) gepflegt.

Vorschlag stetige Organisation (z.B. ERFA-eBAGE)

Bei einer stetigen Organisation ist eine Arbeitsgruppe zu bilden welche die Anforderungen, siehe auch nachstehende Anträge, umsetzt. Teilnehmer: RAWI, Gemeinden, Architekten, Entwicklungsfirma. Diese Organisation soll die Schlussfolgerungen im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des eBAGE weiterverfolgen.

Projektziele und erwartete Resultate / Ergebnisse

- Ergänzte Prozessdokumentation (Visio-Dokument eBAGE 0.8a) - diese sollen erst in einem weiteren Schritt genauer angeschaut werden
- Bericht zu den Bedürfnissen und notwendigen Anpassungen aus Sicht der Gemeinden - liegt vor
- Umsetzungskonzept, welches das Vorgehen, Organisation, Kosten, Termine skizziert – siehe nachfolgende Ausführungen
- Projektantrag z.Hd. der Fachstelle E-Government Luzern. Siehe nachfolgende Ausführungen.
- Konkreter Vorschlag für den Aufbau der Organisation zur Unterstützung der eBAGE-Anwendung und Weiterentwicklung des Systems - liegt vor

Anträge

Massnahmen			
	Aktion	Zuständig	Budget
1	<p>Schulung</p> <p>Der Bericht der Arbeitsgruppen hat gezeigt, dass die Schulung der Anwendung auf verschiedenen Ebenen nötig ist. Eingeschlossen sind die Vertreter der Gemeinden und die Architekten, welche direkt mit eBAGE in Kontakt treten. Ziel: Akzeptanz der Anwendung.</p>	RAWI/FAPI	2 – 3 Tage intern
2	<p>Kommunikation / Tracking</p> <p>Der Dialog zwischen den Gemeinden und den beteiligten externen Unternehmen ist konsequent einzuleiten. Es ist ein Konzept zu erarbeiten und umzusetzen, welches die Statusmeldungen der Bearbeitung eines Projektes mitteilt. In Bearbeitung bei/Sistierung etc. Wir empfehlen die Überarbeitung der Prozesse (eBAGE 0.8)</p>	Arbeitsgruppe/ Lieferfirma	6 Tage intern Externe Kosten ca. CHF 5'000.00
3	<p>Schnittstelle eForm</p> <p>Das eForm dient als Basis für die Erfassung der Daten im Internet, welche in einem zweiten Schritt ins eBAGE übernommen werden. Diese Daten werden von den Bauherren/Architekten erfasst und von den Gemeinden kontrolliert, bevor sie zur Weiterverarbeitung übergeben werden. Es besteht eine Schnittstelle nach eCH Normen zu eBAGE. Damit die Daten-pflege nicht auf mehreren Systemen auf Gemeindeebene nochmals eingegeben werden müssen, soll diese Schnittstelle auch den Gemeinden bzw. den Lie-</p>	RAWI, Arbeitsgruppe, Lieferfirmen, FAPI	3 Tage intern Externe Kosten nach Aufwand, z. L. Gemeinden, wobei der Kostenverteiler noch zu prüfen ist

	feranten der Bauverwaltungssoftware (GECKO, BAUPRO, GEMDAT, eventuell weitere) übergeben werden.		
4	<p>Objektdaten</p> <p>Die Objektdaten aus unterschiedlicher Quelle bilden eine zentrale Rolle für die Weiterentwicklung von eBAGE, aber auch den Informationsfluss zwischen den unterschiedlichsten Stellen (Grundbuch, Geometer, GIS, Gebäudeversicherung, Gemeinden mit unterschiedlichen internen Bedürfnissen, externe Stellen). Es wird auf allen Ebenen eine zentrale Rolle spielen um längerfristig einen durchgängigen, medienbruchfreien Prozess zu erreichen. Der Datenfluss zwischen Objektwesen zu eBAGE wie auch vom eBAGE zum Objektwesen ist sicherzustellen. eBAGE soll Teil des Objektwesens werden bzw. über eine gut ausgebaute Schnittstelle verfügen.</p> <p>Es wird auf einen Antrag verzichtet, nachdem im Rahmen der eGov-Aktivitäten bereits eine Arbeitsgruppe besteht, welche dieses Projekt aufbereitet.</p> <p>Die Arbeitsgruppe eBAGE ist in die Projektarbeit einzubeziehen.</p>	Arbeitsgruppe	Nach Aufwand, gesteuert durch die Arbeitsgruppe OBJEKTWESSEN

5	<p>Weiterentwicklung eBAGE</p> <p>Die Schaffung einer zentralen Plattform für die Verarbeitung der Baugesuche wird von allen Teilnehmern grundsätzlich befürwortet. Spezialitäten einzelner Gemeinden werden vorbehalten. In einer ersten Phase sollen einzelne Funktionen, welche heute in den Bauapplikationen der Gemeinden abgedeckt werden, durch das eBAGE übernommen werden. Beispiel: Statistische Meldungen. Es ist ein Phasenplan auf der Basis der umschriebenen Anforderungen zu erstellen, welches sukzessive die Gemeindeapplikationen ablöst. Zentral wird auch hier die Einbindung des Objektwesens sein (Ausschreibung eines Baugesuches, Ausführungskontrolle, Meldewesen an die verschiedensten Stellen etc.). Zu beachten sind die diversen Anforderungen der Gemeinden, welche Informationen aus dem eBAGE für ihre Kernapplikationen benötigen.</p>	<p>RAWI, Arbeitsgruppe, Lieferfirma eBAGE</p>	<p>Detailkonzept 20 bis 30 Tage (mit Vorgabe von Meilensteinen/Etappen)</p> <p>Geschätzte Gesamtkosten: CHF 500'000.00 bis CHF 600'000.00</p>
6	<p>Zentrale Plattform inkl. Langzeitarchivierung</p> <p>In der kantonalen Verwaltung und den Gemeinden wird die Geschäftsverwaltung nach den vorgegebenen Standards von Bund und Kantonen eingesetzt. Es sind vorgegebene Prozesse, welche momentan eingeleitet werden. Langfristig sollen die eBAGE-Unterlagen an einem Ort aufbewahrt werden. Mit der Integration im Objektwesen wird diese Möglichkeit gefördert. Die notwendigen Rahmenbedingungen</p>	<p>RAWI, Arbeitsgruppe</p>	<p>Unbekannt</p>

	sind zu erarbeiten, insbesondere die Regelung des Eigentums der Daten.		
7	<p>SuisseID Damit ein durchgehender Prozess erreicht werden kann, ist die Integration der SuisseID einzuleiten. Es soll möglich sein, dass die elektronisch übermittelten Daten auch elektronisch rechtsgültig unterschrieben werden können und damit auch als rechtsgültig anerkannt werden.</p>	RAWI, Arbeitsgruppe	3 Tage für die Integration (ohne Aufbereitung der rechtlichen Grundlagen)
8	<p>Technologie Die technologische Plattform war nicht Bestandteil der Gruppenarbeit. Bei der praktischen Anwendung der Lösung, insbesondere beim uploaden von Daten, zeigen sich die Grenzen. Die Baugesuchunterlagen sind komplex und die Filegrössen entsprechend gross. Die Geschwindigkeit der Datenübertragung und die einfache, effiziente Handhabung beim Anwender ist zentral zur Förderung der Akzeptanz von eBAGE auf allen Ebenen. Die technischen Abklärungen sollen diese Effizienz steigern.</p>	RAWI, Arbeitsgruppe, Dienststelle Informatik, Lieferfirma	Unbekannt
9	<p>Finanzen / Fördergelder des Bundes Gemäss den Aussagen, welche aus dem Bericht der Baudirektorenkonferenz entnommen werden kann (tsarea) richtet der Bund Fördergelder aus um die Baugesuchsverwaltung zu standardisieren. Dabei sollen insbesondere kantonale Projekte unterstützt werden, im</p>	RAWI, Arbeitsgruppe, Finanzdepartement	Ertrag unbekannt

	speziellen Lösungen, welche von mindestens drei Kantonen eingesetzt werden. Beim Kontakt mit der Lieferfirma von CAMAC, welche als führend bezeichnet wird, hat sich gezeigt, dass eine zentrale Plattform mit Einbezug der Gemeinden überall ein Bedürfnis ist. Nur mit der Integration aller Teilnehmer kann ein durchgehender Prozess erreicht werden. Es soll das Ziel sein, dass das Projekt eBAGE LU mit Gemeinden des Kantons von diesen Fördergeldern profitieren kann.		
10	Politik Die Weiterentwicklung des eBAGE Kanton Luzern ist auf der politischen Ebene auf Kantons- und Gemeindeebene durchzusetzen. Entsprechende Anträge sind noch zu formulieren.	Kanton, VLG	offen
11	Kommunikation Der Status des eBAGE und die Zielsetzungen der künftigen Entwicklung sind auf politischer Ebene, Kanton und Gemeinden, abzustützen. Insbesondere auf Gemeindeebene ist die Kommunikation rund um eBAGE aufzubereiten.	FAPI, VLG, RAWI, Arbeitsgruppe	
12	Arbeitsgruppe In den vorstehenden Anträgen ist die Arbeit der Arbeitsgruppe erwähnt. Diese ist als Folge des vorliegenden Berichtes zu bilden.	Steuerung E-Government Luzern	offen

	<p>Folgende Personen sollen vertreten sein:</p> <ul style="list-style-type: none">- Kanton – RAWI, ein Vertreter- Gemeinden – drei Vertreter aus Gross-, Mittel- und Kleingemeinde- Lieferfirma eBAGE – ein Vertreter- Architekt – ein Vertreter <p>Die Arbeitsgruppe ist führend bei der Umsetzung der vorstehenden Anträge. Das Pflichtenheft ergibt sich aus dem vorliegenden Bericht. Details wie Terminplan, Kosten, etc. sind noch zu definieren.</p> <p>Wir empfehlen, dass das Detailkonzept und die Ausführung separat berechnet werden.</p>		
--	--	--	--

6024 Hildisrieden, 31. August 2011

René Müller
Leiter Arbeitsgruppe